



Generali: Internationale Protestaktion

Einem positiven Konzernergebnis zum Trotz plant die Konzernleitung den Abbau von Arbeitsplätzen.

Gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften haben die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und der Betriebsrat der Generali Österreich zu internationalen Protestaktionen aufgerufen. Unter dem Motto »Gleiche Rechte für alle Generali-Beschäftigten« werden alle Generäle der Generali auf Postkarten aufgefordert, die Zusage für die Sicherung der Arbeitsplätze in Italien für alle Beschäftigten des Konzerns in Europa wirksam werden zu lassen.

Hintergrund der Aktion ist der vom Konzern in Triest beschlossene Strategie-

plan 2005–2008. Allein in Österreich plant das Management von Generali im Rahmen des Umstrukturierungskonzeptes »Move on« trotz eines Konzernergebnisses 2005 von 1,9 Milliarden Gewinn die Kündigung von 390 Arbeitsplätzen.

»Während es in Italien kollektivvertragliche Abmachungen zur Verhinderung von Kündigungen und Standort-schließungen gibt, ist das für die anderen Länder mit Generali-Standorten offenbar nicht erwünscht. Was für die Beschäftigten in Italien gilt, muss auch für alle

anderen ArbeitnehmerInnen im Konzern gelten«, forderte der stellvertretende Geschäftsführer der GPA, Karl Proyer. Die italienischen Gewerkschaften unterstützten in einem Akt der Solidarität die Protestaktion, die am 17. Oktober stattfand. Protestaktionen gab es auch in Madrid und Barcelona, in Hamburg, München und Köln. Die Postkartenaktion lief in Polen, Tschechien, der Slowakei, in Ungarn und Slowenien. Bereits Ende Juli hatten 700 Beschäftigte von Generali Österreich in Kitzbühel gegen die drohenden Kündigungen protestiert. G. M.

IMB: Weltweite Vereinbarungen

Rahmenvereinbarungen zur Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten in globalisierter Weltwirtschaft.

Ende September 2006 veranstaltete der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) erstmals eine Weltkonferenz über Internationale Rahmenabkommen. Rund 160 Delegierte von Metallgewerkschaften aus der ganzen Welt diskutierten im Gebäude des IG Metall-Vorstandes über die zukünftige Strategien für internationale Rahmenabkommen.

Internationale Rahmenabkommen werden zwischen einem multinationalen Konzern und den Gewerkschaften auf globaler Ebene ausgehandelt, aber lokal um-

gesetzt. Inhaltlich geht es um drei Kernforderungen, die in diesen Abkommen enthalten sein müssen: Erstens die Kernarbeitsnormen (etwa Vereinigungsfreiheit, Recht auf Kollektivverhandlungen, Verbot von Kinderarbeit). Zweitens eine Klausel, die auch die Zulieferer und Geschäftspartner des Konzerns weltweit zur Einhaltung der Normen verpflichtet und drittens um einen Mechanismus zur Kontrolle der Einhaltung. Bisher wurden weltweite Abkommen in 15 Unternehmen der Metallindustrie, vorwiegend in der Automobilherstel-

ler- und -zulieferindustrie (mit Konzernen wie BMW, VW oder DaimlerChrysler), aber auch in der Stahlindustrie (Arcelor), Luftfahrtsindustrie (EADS) abgeschlossen. Die erste Vereinbarung wurde 2001 mit dem Hausgerätehersteller Merloni/Indesit unterzeichnet, die letzte im Juni 2006 mit PSA Peugeot Citroen. Europäische Betriebsräte (EBR) und weltweite ArbeitnehmerInnenvertretungen spielen beim Abschluss und der Durchsetzung dieser Rahmenvereinbarungen als transnationale Gremien eine wichtige Rolle. G. M.